

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



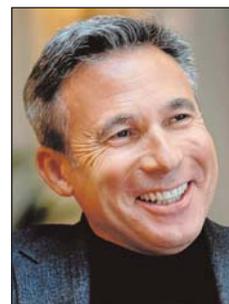
Wohlstand und Demokratie sichern: Hüten wir uns vor Fehlentscheidungen. Von Nationalrat Pirmin Schwander

Seite 4



Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens ist ein unkalkulierbares Risiko. Von Nationalrat Toni Bortoluzzi

Seite 6



Asylwesen: Der Schlendrian ist zurück. Von Nationalrat Adrian Amstutz

Seite 12

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 57 263 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 1/2009

Raben sind hinterhältig und diebisch

Nationalrat Toni Brunner S. 3

NEIN zur Personenfreizügigkeit zum Wohle der Schweiz

a. Bundesrat
Christoph Blocher S. 7

Verantwortung übernehmen

Nationalrätin Jasmin Hutter S. 8

Seminare

S. 9

Interview mit Bundesrat

Ueli Maurer S. 10

Die Ziele der SVP in der Regierung

Nationalrat Caspar Baader S. 11

Sichere Energieversorgung – Politik gefordert

Nationalrat
Hans Rutschmann S. 14

9. Nationaler SVP-Jasscup

S. 15

Reklame

Wir machen aus Kunden Winner.



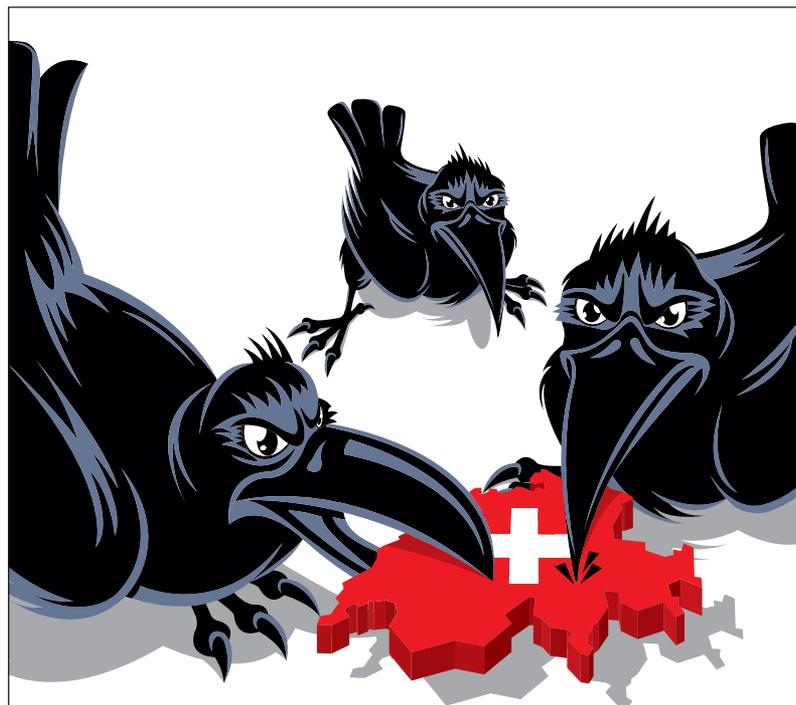
Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Personenfreizügigkeit: NEIN zu Rumänien und Bulgarien

Die SVP steht weiterhin als einzige Partei vorbehaltlos zur Schweiz und setzt sich für ein freies, unabhängiges Land ein. Die verfassungswidrig verknüpfte Vorlage zur Personenfreizügigkeit gefährdet diese Werte. Eine Zustimmung zur Paketvorlage am 8. Februar 2009 würde Freipässe erteilen und unser Land hätte danach keine Möglichkeiten mehr, sich wirkungsvoll vor Angriffen aus dem In- und Ausland zu schützen.

Deshalb haben die Delegierten der SVP Schweiz am 29. November mit über 90% der Stimmen die Nein-Parole zu dieser Volksabstimmung gefasst. Es gilt die negativen Entwicklungen einer Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, wie steigende Arbeitslosenzahlen, leere Kassen bei den Sozialwerken und wachsende Ausländerkriminalität, zu stoppen und im Interesse der Schweiz bessere Lösungen zu finden. Ausserdem muss ein Zeichen gesetzt werden, dass unsere Selbstbestimmung und die direkte Demokratie nicht länger unterwandert werden dürfen.



Freipass für alle? Nein

8. Februar

 **SVP**
Die Partei des Mittelstandes PC 30-8828-5



..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look»	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Alain Hauert

Inserate: Alain Hauert

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Raben sind hinterhältig und diebisch



Im aktuellen Abstimmungskampf werben wir mit einem Sujet mit drei Raben. Der Rabe ist ein gefräßiges, eher aggressives Tier, verschlagen und hinterhältig. Wer Raben in der Natur beobachtet, weiss, dass sie andere Vögel vom Futter vertreiben und so deren Existenz bedrohen. Auch unser Land sieht sich verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt, dafür stehen die drei Raben. Zum einen kommt die Gefahr aus dem Ausland, aber auch inländische Raben versuchen immer wieder der Schweiz zu schaden und beispielsweise unsere Volksrechte auszuhehlen oder unsere Demokratie mit Füssen zu treten.

Die Abstimmung vom 8. Februar hat denn auch eine trübe Vorgeschichte. Wir erinnern uns: Eine Mitte-links-Allianz verknüpfte im Parlament zwei verschiedene Geschäfte zu einer einzigen Vorlage. Soll die bestehende Personenfreizügigkeit weitergeführt werden? Soll die Freizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ausgedehnt werden? Auf diese zwei

Fragen kann das Volk jetzt nur eine Antwort geben. Eine unverfälschte Stimmabgabe ist so gar nicht mehr möglich.

Das demokratisch unsaubere Vorgehen setzt sich in der angelaufenen Kampagne fort. Der Bundesrat flunkert. Da wird geschwärmt, wie sich die Personenfreizügigkeit in den letzten Jahren bewährt habe. Nur: Von Erfahrung kann keineswegs gesprochen werden. Hochkonjunktur und Kontingentierungen sorgten für einen Sonderzustand. Die kritische Stunde der Freizügigkeit wird erst noch schlagen: Die wirtschaftlichen Zeichen stehen auf Sturm, die Arbeitslosenzahlen beginnen zu steigen. Und weiterhin erlaubt die Freizügigkeit die freie Einreise. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen sich auf einen harten Verdrängungskampf auf dem Arbeitsmarkt einstellen. Unsere Sozialwerke kommen auf den Prüfstand. Was aber wird erst auf uns zukommen, wenn wir die Grenzen für Rumänen und Bulgaren öffnen?

Und überall das Gespenst der Guillotine-Klausel. Schon der Name eignet sich zur Drohung; das tönt ja schauerlich. Klar, dass niemand aufs Schafott will. Aber es ist gerade umgekehrt: Wer mit der Guillotine-Klausel droht, hat den Kopf verloren. Denn die Drohung ist leer. Das geltende Vertragswerk tritt nicht automatisch ausser Kraft, dazu braucht es den offiziellen diplomatischen Informationsakt an die Vertragspartner. Bevor dies notwendig würde, hat der Bundesrat und das Parlament die Möglichkeit, die Vorlage wie ursprünglich vorgesehen aufzuteilen und den Bürgern getrennt vorzulegen.

Das Volk kann Nein sagen, da saust kein Fallbeil nieder. Im Gegenteil. Für die Politik in unserem Land wird es heilsam sein, wenn Winkelzüge scheitern, wenn Abstimmungslügen ihre Wirkung verfehlen und wenn falsche juristische Drohungen durchschaut werden. Freipässe für alle und alles? Nein.

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Pirmin Schwander, Lachen SZ

Keine Fehlentscheidungen

Die Abstimmungskampagne der Befürworter der Personenfreizügigkeit läuft immer nach dem gleich einfachen Strickmuster ab: Alle werden gewinnen! Dabei wird dem Stimmbürger alles versprochen und sogar Nachteile werden skrupellos zu Vorteilen umgekrempelt. Wirtschaftsvertreter und Politiker scheuen sich nicht, die Bürger mit einer Lawine von Fehlinformationen und Lügen abzuspeisen. Die Raben auf den Plakaten der SVP kommen gerade noch rechtzeitig, um das Schweizer Volk auf die verschiedenen Bedrohungen aus dem In- und Ausland aufmerksam zu machen.

Unsere Werbekampagne

Auf unserem Plakat sind drei Raben abgebildet, welche die Schweiz attackieren. Damit werden die Stimmbürger auf die verschiedenen Bedrohungen aufmerksam gemacht, welche aktueller denn je sind. Während der eine Rabe unser Land schon fest im Griff hat, möchte es der zweite am liebsten verschlucken. Der dritte Rabe ist in Wartestellung, um zu einem günstigen Zeitpunkt zuzupacken. **Mit dieser Symbolik rufen wir dem Stimmvolk die gezielten Angriffe auf unsere Errungenschaften wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Wohlstand in Erinnerung.**

Oder haben wir bereits vergessen, wie der deutsche Finanzminister, Herr Peer Steinbrück, zusammen mit der EU-Kommission den Bundesrat jahrelang die Peitsche spüren liess? Und wie hat der Bundesrat nach über dreijähriger Tortur – das erste Schreiben mit dem Angriff auf die kantonale Steuerhoheit datiert vom 26. September 2005, einen Tag nach der Abstimmung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen 10 EU-Staaten – nun reagiert? In untertäniger Manier will



der Bundesrat laut Pressemitteilung vom 10. Dezember 2008 der EU-Kommission im Steuerstreit einen Schritt entgegenkommen. Selbstverständlich zum Vorteil aller! Oder doch nur von ein paar wenigen? Und wie sieht es mit dem Bankkundengeheimnis aus? Werden diese Gespräche bis am 8. Februar 2009 noch hinter verschlossenen Türen geführt?

Keine Freipässe

Den grössten Freipass gegen unsere direkte Demokratie hat sich das Parlament geleistet, zuletzt sogar mit Unterstützung des Bundesrates. Es hat zwei voneinander unabhängige

ge Fragen (Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien einerseits und Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten andererseits) verfassungswidrig miteinander verknüpft. Dies obwohl dem Stimmvolk im Vorfeld zur Abstimmung über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen 10 EU-Staaten vom 25. September 2005 etwas anderes versprochen wurde. So sagte zum Beispiel Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey vor der damaligen Abstimmung: «Falls die EU weitere Länder aufnimmt – z. B. Bulgarien oder Rumänien –, kann in der Schweiz erneut darüber abgestimmt werden, ob das Abkommen auf diese Länder ausgedehnt werden soll.» Nun behaupten Mitarbeiter der economiesuisse: «Bei einem Nein des Souveräns am 8. Februar muss dieser Volksentscheid respektiert und der EU mitgeteilt werden. Damit kündigt die Schweiz die gesamten Bilateralen I. Am Volksentscheid gibt's nichts zu rütteln, er ist nicht ins Gegenteil zu interpretieren, er ist schlicht zu akzeptieren.»

Wahrhaftig stellt sich die Frage, an welchem Volksentscheid denn gerüttelt werden soll. Am NEIN gegen

die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien oder am NEIN gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten oder gar am JA für die Weiterführung und NEIN gegen die Ausdehnung? Oder fordert die economiesuisse bald die Kündigung der Bilateralen I, weil das Landverkehrsabkommen als Bestandteil der Bilateralen I den Alpenschutzartikel in unserer Bundesverfassung seit Beginn weg missachtet und weil die versprochenen maximal 650 000 Lastwagentransitfahrten von Grenze zu Grenze eine Illusion sind und bleiben? Oder wie fallen die Interpretationen der economiesuisse aus, wenn es um die Umsetzung der Verwahrungs- oder der Verjährungsinitiative geht? Und wie fiel der Kommentar des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft nach der Annahme der Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» am 27. November 2005 aus? «Die Initianten haben im Laufe der Kampagne immer wieder betont, dass die Forschung von ihrem Volksbegehren nicht betroffen sei. An diesen Worten sind sie nun zu messen: Es darf nicht sein, dass die Forschung im Bereich der grünen Gentechnologie von den gleichen Kreisen erneut behindert wird.» Das eine Mal wird weggeschaut, wenn das Volk entschieden hat. Das andere Mal wird ein Volksentscheid ins Gegenteil uminterpretiert. Und wenn es um die Personenfreizügigkeit geht, will die economiesuisse einen Volksentscheid plötzlich ohne Wenn und Aber umsetzen, obwohl bei der Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 niemand weiss und wissen kann, was ein JA oder NEIN konkret bedeutet. Auch hier gilt: Es gibt keinen Freipass zu beliebigen Interpretationen!

Keine Fehlinformationen

Die SVP fordert eine kontrollierte Einwanderung, um unsere Sozialwerke nicht zu gefährden. Demge-



genüber argumentieren die EU-Befürworter, die EU-Arbeitskräfte würden unsere Sozialwerke sichern helfen. Ihr Argument lautet: EU-Arbeitskräfte zahlen 19% der Sozialbeiträge in die AHV ein, beziehen aber nur 15% der Leistungen. Sie verheimlichen dabei, dass die AHV im Jahr 2007 rund 25,3 Milliarden Franken Sozialbeiträge und etwa 32,5 Milliarden Franken Renten bzw. Leistungen ausweist. Die angegebenen Prozentsätze beziehen sich also

auf unterschiedliche Zahlen. Und wer genau rechnet, merkt, dass die Sozialbeiträge der EU-Arbeitskräfte etwa gleich hoch sind wie die bezogenen Leistungen. Und wird noch berücksichtigt, dass heute die durchschnittliche Jahresrente rund 23 000 Franken (Mann, alleinstehend) beträgt, so müsste heute ein EU-Bürger mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 80 000 Franken über 57 Jahre in der Schweiz arbeiten, um seine eigene

Rente im Umlageverfahren zu verdienen. Eine EU-Bürgerin mit gleichem Einkommen müsste 70 Jahre für eine durchschnittliche Rente arbeiten.

Neben den auf uns zukommenden Problemen bei der AHV spüren wir bei der IV, der Arbeitslosenkasse und bei den Sozial- und Fürsorgekosten bereits die verheerenden Folgen unserer bisherigen Migrationspolitik. Wäre der Ausländeran-

teil bei diesen Sozialwerken gleich hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung, dann hätten wir rund 4 Milliarden Franken weniger Kosten!

Halbwahrheiten und Lügen haben kurze Beine. Sorgen wir dafür, dass am 8. Februar 2009 unsere direkte Demokratie, unsere Sozialwerke und unser Wohlstand gesichert bleiben, und hüten wir uns vor Fehlentscheidungen.

Unterstützen Sie unsere Kampagne

Die Positionen in Bezug auf die Volksabstimmung vom 8. Februar sind bezogen. Einmal mehr kämpft die SVP als einzige Partei konsequent für den Erhalt der wichtigen Schweizer Werte Unabhängigkeit, Neutralität, Selbstbestimmung und direkte Demokratie.

Sie können uns dabei helfen: Mit einer Spende auf Postkonto 60-167674-9 unterstützen Sie unsere Kampagne. Wir danken Ihnen für Ihre tatkräftige Unterstützung.

Komitee gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, Postfach 8252, 3001 Bern

Nein zum Freipass für alle!



Nein zu mehr Arbeitslosigkeit
Nein zu tieferen Löhnen
Nein zur leeren Arbeitslosenkasse
Nein zu ruinierten Sozialwerken
Nein zu mehr Kriminalität
Nein zur Päckli-Politik
Nein zur EU-Erpressung



Am 8. Februar: Freipass für alle?

Personenfreizügigkeit Rumänien und Bulgarien

Nein

www.personenfreizuegigkeit-nein.ch

Komitee gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, Postfach 8252, 3001 Bern

Mit einer Spende auf PC 60-167674-9 unterstützen Sie dieses Inserat.

Wir danken Ihnen für Ihre tatkräftige Unterstützung!

Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis ZH

Erweiterung des freien Personenverkehrs

Das Ganze halt!

Ursprünglich hat die Schweiz mit den 15 EU-Staaten den freien Personenverkehr vereinbart. Auch ich habe diesen Entscheid als Teil des bilateralen Weg unseres Landes unterstützt. Dieser Beschluss wurde später auf die EU-25 ausgedehnt. Diese Erweiterung auf 10 osteuropäische Staaten ist mit einer Übergangsregelung von 7 Jahren versehen. Wachsende Kontingente führen schrittweise zum freien Personenverkehr. Dieser Prozess ist im Gange und findet im Jahr 2014 mit der vorbehaltlosen Öffnung seinen Abschluss.

Die früher geltenden Kontingente, welche im Ausländergesetz geregelt waren und auch auf die Interessen der Schweizer Wirtschaft Rücksicht genommen haben, entfallen. Die Folgen dieser Veränderung sind bekannt. Der bis vor kurzem glänzende Wirtschaftsverlauf in unserem Land hat zu einer starken Zunahme ausländischer Arbeitskräfte geführt. **Der vorbehaltlose freie Personenver-**

kehr mit den ersten 15 EU-Staaten hat zur Folge, dass innert einem Jahr 50 000 Deutsche und insgesamt 120 000 EU-Bürger in unser Land eingewandert sind. Bei weitem nicht nur gut Qualifizierte. Der bescheidene Rückgang der Arbeitslosenzahlen, trotz Hochkonjunktur, ist die Folge davon. Wie sich der freie Personenverkehr bei dem zu erwartenden schlechteren Wirtschafts-

gang auf die Sozialwerke auswirkt, kann nur vermutet werden. Im Rahmen des freien Personenverkehrs eingewanderte Ausländer haben unter dem Prinzip der Gleichbehandlung gegenüber den Sozialwerken gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Bevor nun eine weitere Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Staaten mit massiven Defiziten in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht beschlossen wird, sollten die Erfahrungen mit den bisher einbezogenen Staaten abgewartet werden. Erfahrungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten müssen erst noch gemacht werden. Aussagen, wonach sich auch die Einwanderung in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten anpassen werde, sind dem Prinzip Hoffnung zuzuordnen und entbehren jeder Grundlage. Erfahrungen hat unser Land, welches nach wie vor

als attraktives Hochlohnland gilt, diesbezüglich keine.

Die Behauptung von Exponenten der Wirtschaft, wonach unsere Betriebe auf diese Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien angewiesen seien, um geeignete Arbeitskräfte zu finden, ist schlicht falsch. Der bestehende, unumstrittene freie Personenverkehr lässt für die Schweiz einen Arbeitsmarkt mit einigen 100 Millionen Arbeitskräften offen. Allein diese Tatsache genügt, um diese Ausdehnung abzulehnen. Abgesehen davon ist die Einwanderung eine Frage des einheimischen Rechts. Das Recht eines souveränen Staates.

Es ist vor allem eine politische Frage, die mit dem Einbezug von Bulgarien und Rumänien gestellt ist. **Die Ausdehnung des freien Personenverkehrs im jetzigen Zeitpunkt entspricht ohne Kenntnis der Auswirkungen der bestehenden Verträge einem unkalkulierbaren Risiko.** Ein Risiko, das es sich nicht einzugehen lohnt. Angesagt ist ein pragmatisches Vorgehen. Mit dieser Politik ist unser Land, unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft in der Vergangenheit gut gefahren. Wer sich einem prestigeträchtigen Tempo von EU-Turbos im eigenen Land und dem politischen Druck der EU-Politiker anschliesst, setzt unnötig eine bewährte Politik und damit Sicherheit und Wohlstand aufs Spiel. Darum Nein zur Ausdehnung des freien Personenverkehrs am 8. Februar. Das Ganze halt!

Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien:

.....
Ein NEIN
nützt der Wirtschaft

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien bringt der Schweiz mehr Arbeitslosigkeit. Das bedeutet: Mehr Lohnabzüge und Erhöhung der Mehrwertsteuern! Denn nur so können die stetig steigenden Belastungen unserer Sozialwerke finanziert werden. Das bezahlen alle: Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Damit wird die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zusätzlich geschwächt.

- ➔ **NEIN zu mehr Arbeitslosigkeit**
- ➔ **NEIN zur leeren Arbeitslosenkasse**
- ➔ **NEIN zu ruinierten Sozialwerken**

Darum:

Personenfreizügigkeit
Bulgarien und Rumänien

NEIN

Überparteiliches Wirtschafts- und Gewerkekomitee gegen die Personenfreizügigkeit
 Postfach 8252, 3001 Bern. Mit einer Spende auf PC 30-209744-4 unterstützen Sie dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.

➔ Schon nach vierwöchiger Arbeit in der Schweiz erhalten Deutsche **Arbeitslosengeld nach Schweizer Recht**, vorausgesetzt sie waren davor über ein Jahr in Deutschland arbeitsfähig.

➔ Nach einer Arbeitstätigkeit von mehr als zwölf Monaten in der Schweiz haben Deutsche **Anrecht auf alle Sozialleistungen**.

➔ Die Arbeitslosengelder sind hier **deutlich höher** als in Deutschland.

Sven D.* (45) ist einer jener Deutschen, die sich wie im Schlaraffenland fühlen. Viereinhalb Jahre arbeitete er in Zürich als Koch. Im Juli erhielt er die Kündigung, seit

zwei Monaten ist er arbeitslos. Heimkehren will er auf keinen Fall: «Mit dem Arbeitslosengeld kann ich super leben. **Ich habe es nicht eilig, einen Job zu finden.**»

Nationalrat Philipp Müller (FDP) sieht als Auslöser die Personenfreizügigkeit: «**Es wäre blauäugig gewesen, zu glauben, dass die vielen deutschen Einwanderer nicht unsere Sozialwerke benutzen werden.**»

Heute leben 224'000 Deutsche in der Schweiz. Allein 2007 gab es 50'000 Neuzuzüge. «Diese Deutschen werden nicht zurückgehen. Es geht ihnen hier deutlich besser. Vor allem, wenn sie arbeitslos sind.»

Christoph Blocher, a. Bundesrat, Vizepräsident SVP Schweiz, Herrliberg ZH

NEIN zur Personenfreizügigkeit zum Wohle der Schweiz

Der Bundesrat hat folgerichtig dem Parlament betreffend Personenfreizügigkeit zwei getrennte Vorlagen vorgelegt:

1. einen Bundesbeschluss betreffend die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und
2. einen Bundesbeschluss betreffend die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien.

Das sind zwei Fragen. Sie rufen nach zwei Antworten.

Mogel-Päckli

Die Parlamentarier in Bern wussten, wie gefährlich die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien für die Schweiz ist. Darum liess man sich einen hinterhältigen und undemokratischen Trick einfallen. Man band die beiden Fragen so zu einem «Päckli» zusammen, so dass eine unverfälschte Antwort nicht mehr möglich ist.

Sagen nämlich die Stimmbürger JA bei der Abstimmung, weiss man nicht, was die Stimmbürger wollten:

- War es ein JA zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit?
- War es ein JA zur Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien?
- Oder war es ein JA zu beidem?

Natürlich werden nach der Abstimmung Regierung und Verwaltung dieses Abstimmungsergebnis so interpretieren, wie es ihnen passt.

Sagen die Stimmbürger NEIN, weiss man auch nicht, was die Stimmbürger wollten:

- War es ein NEIN zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit?
- War es ein NEIN zur Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien?
- Oder war es ein NEIN zu beidem?



Ein NEIN kann alles klären

Mit einem NEIN kann man ohne negative Folgen das Ganze zufriedenstellend lösen. Das Parlament wird dann nämlich schon aus Eigennutz die beiden Vorlagen entknüpfen. Die Verlängerung des Personenfreizügigkeitsvertrages mit der EU kann bei einem Nein unverzüglich beschlossen werden. Es dürfte nicht einmal dagegen ein Referendum geben.

Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien unannehmbar

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ist ein Quantensprung. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Korruption, die Kriminalität und in Bezug auf die hohe Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist der Vertrag abzulehnen.

Die Schweiz wird im kommenden Jahr in eine tiefe Rezession geraten. Die Rezession wird Ausmasse annehmen, wie sie unser Land seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Die Folge davon werden Kurzarbeit und Entlassungen sowie eine

massiv steigende Arbeitslosigkeit sein. Dies nicht zuletzt in Folge der Personenfreizügigkeit. Die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien wird dieses Problem noch verstärken. Die Folge davon ist die Plünderung der Arbeitslosenkasse, der Mutterschaftsversicherung, der IV und der Fürsorgeeinrichtungen. Höhere Lohnabzüge, höhere Mehrwertsteuer, Arbeitsplatzverlust und die Zunahme der Ausländerkriminalität werden folgen.

Das Ammenmärchen von der Guillotine-Klausel

Die Befürworter der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit behaupten, bei einem NEIN zur Personenfreizügigkeit würden alle bilateralen Verträge ausser Kraft treten. Es gäbe eine Guillotine-Klausel. Das ist ein Ammenmärchen – eine bewusste Irreführung.

Dies würde nur dann passieren, wenn der Bundesrat gegenüber der EU notifizieren würde, dass die Weiterführung der Verträge der Personenfreizügigkeit von der Schweiz preisgegeben werde. Eine solche Notifikation wird der Bundesrat nicht vornehmen, denn so dumm kann ja auch der Bundesrat nicht sein!

Dazu kommt, dass die EU-Staaten selbst keinerlei Interesse haben, diese Verträge fallen zu lassen. Sie sind in erster Linie zugunsten der EU und nicht zugunsten der Schweiz abgeschlossen worden.

NEIN im Interesse der Schweizer Wirtschaft

Natürlich wissen wir, dass die Unternehmen Arbeitskräfte brauchen. Wenn wir im eigenen Lande zu wenig haben, ist es sinnvoll, dass man

auch ausländische Arbeitskräfte einstellt. Solche Arbeitskräfte erhält die Schweiz, so viel sie will. Die Schweiz ist eben ein sehr attraktiver Arbeitsplatz auch für ausländische Angestellte. Auch für Hochqualifizierte. Das wissen wir. Die Schweiz würde diese Arbeitskräfte aber auch ohne die Personenfreizügigkeit erhalten.

Nach einem NEIN zum «Päckli» ist die heutige Personenfreizügigkeit aufrechtzuerhalten, die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien ist zu unterbinden. Man bedenke aber: Es ist eine Tatsache, dass diese Arbeitskräfte, wenn sie ein Jahr in der Schweiz waren, den schweizerischen Arbeitskräften auch im ganzen sozialen Bereich gleichgestellt sind.

Und das wird uns im nächsten Jahr bereits sehr zu schaffen machen. Vielleicht werden aber nicht nur diese Arbeitskräfte aus den andern Staaten arbeitslos, sondern statt ihnen viele Schweizer. Denn es wird dann nicht mehr unterschieden. Bezahlen müssen alles die Schweizer. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Steuerzahler und Lohnempfänger!

Die SVP hatte stets auch die Kraft, sich nicht von wirtschaftspolitischen Drohungen, wie sie jetzt wieder zu hören sind, beeinflussen zu lassen.

Zu diesem Päckli, wie es uns vorgelegt wird, muss NEIN gesagt werden, im Interesse der Schweizer Wirtschaft, der Arbeitsplätze und im Interesse des Landes Schweiz.



Nationalrätin Jasmin Hutter, Vizepräsidentin SVP Schweiz

Verantwortung übernehmen

Ein wichtiger ökonomischer Grundsatz lautet: Bei Wohlstandsunterschieden liegt die freie Einwanderung immer im Interesse der armen Länder, niemals im Interesse der reichen. Die Wohlstandsunterschiede der beiden neuen EU-Länder zur Schweiz sind riesig. Der gesetzliche Monatsmindestlohn für einen Vollzeitjob beträgt in Rumänien 147 Euro und in Bulgarien gar nur 90 Euro! Wohin werden diese billigen Arbeitskräfte, gerade in einer Weltwirtschaftskrise, wohl ausweichen?

Wir müssen das Steuerrad der Einwanderung in unseren Händen behalten. Bereits heute sind 44 % der Arbeitslosen Ausländer. Unsere Sozialversicherungen werden auf eine harte Probe gestellt. Denn diese sind

um einiges attraktiver ausgestaltet als in den meisten EU-Ländern. Was passiert mit all den Deutschen und Polen, die wegen der Hochkonjunktur eingestellt wurden, nun aber ihre Stelle verlieren? Diese haben genau

ben, wobei im Ausland und in der Schweiz geleistete Arbeitszeiten addiert werden. Wer also 364 Tage in einem EU-Land und nur einen einzigen Tag in der Schweiz gearbeitet hat, besitzt ab dem zweiten Tag in der Schweiz Anspruch auf Arbeitslosengeld. Der Missbrauch ist damit, vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, vorprogrammiert!

Warum haben grosse Betriebe Interesse am freien Personenverkehr? Sie können teure Schweizer Arbeitnehmer entlassen und billige Arbeitskräfte einstellen. Wer darunter leidet, sind die einfachen Arbeiter und nicht der Bundesrat, Journalisten oder die Wirtschaftschefs. Das Recht, zu bestimmen, wer bei uns arbeitet, muss bei der Schweiz bleiben und darf niemals von Brüssel diktiert werden. So, wie wir es auch vor den Bilateralen immer tun konnten.



die gleichen Rechte wie die Schweizer auf Arbeitslosenentschädigung – Lohn aus unserer Staatskasse. Es ist blauäugig zu glauben, sie würden darauf verzichten und in ihre Länder zurückgehen, um dort ein mickriges Arbeitslosengeld zu empfangen.

Wer einen Arbeitsvertrag in der Schweiz hat, hat sofort Anspruch auf Arbeitslosengelder. Einzige Bedingung: Er muss in den letzten zwei Jahren zwölf Monate gearbeitet ha-

Ich verschliese mich nicht der Realität und sehe die 25 000 deutschen Metzger, die durch polnische Fleischer ersetzt worden sind. Ich sehe, dass Grossbritannien gegenüber Rumänien und Bulgarien Kontingente einführen musste. Ich sehe die mehr als 1000 Moldawier, Ukrainer, Mazedonier und Russen, die sich jeden Monat um ein bulgarisches Bürgerrecht bewerben, um dann in die EU und in die Schweiz einzuwandern. Ich sehe Italien, wo sich die Anzahl Rumänen in den letzten zwei Jahren verdoppelt hat.

Insbesondere in der Zeit der Wirtschaftskrise und der Rezession gilt es Verantwortung zu übernehmen. Darum sage ich klar NEIN zur Personenfreizügigkeit.

Werbung

So kann es nicht weitergehen!

Es gibt eine Antwort:

PIKOM

– das einzige Parteiunabhängige Informationskomitee

Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!

Anmeldeformular für das Parteiunabhängige Informationskomitee PIKOM

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen: _____

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy.

Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:

Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

Junge vor! Zukunft – Heimat!

Die SVP ist die Partei der Jungen. Keine andere Partei wird von so vielen jungen Leuten gewählt wie die SVP. Sie stellt auch den jüngsten Parteipräsidenten aller Parteien. Wie soll sich die SVP aus Sicht der Jungen künftig positionieren? Was erwarten die Jungen von der SVP? Wie kann die SVP noch

vermehrt auf die Bedürfnisse der jungen Generation eingehen? Diese Fragen will der Präsident mit den jüngsten Mitgliedern erörtern. Er lädt dazu junge Mitglieder der SVP sowie JungSVP-Mitglieder herzlich ein, um diese Fragen gemeinsam zu erörtern.

Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten

«Schweiz wohin?» – Diskussionen zu den brisantesten Themen

- Zielgruppe:** 16–26-jährige Jugendliche
- Ort:** Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit»
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel, www.hausderfreiheit.ch
- Zeit:** jeweils samstags 11–16 Uhr
- Daten:**
- | | |
|----------------|--|
| 14. März: | Der Weg der Schweiz in Europa |
| 4. April: | Die Zukunft unserer Sozialwerke |
| 25. Juli: | Bildungsstandort Schweiz |
| 12. September: | Herausforderung Migration |
| 19. September: | Wie viel Staat wollen wir? |
| 7. November: | Welche Landwirtschaft für die Schweiz? |
- Anreise:** **Auto:** Von Wattwil in Richtung Wildhaus fahren, die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Wintersberg/Bendel abbiegen. Dann geht's ca. 2 km den Berg hinauf.
Bahn: Abholdienst ab Bahnhof Krummenau (Ankunftszeit: 10.45) gewährleistet.

Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt auf 60 Personen, je 30 Männer und 30 Frauen. Die Seminare sind gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer.

Anmeldung: Marcia Cerantola, cerantola@svp.ch, Tel. 031 300 58 56

Für Fragen steht Euch Frau Cerantola gerne unter obiger Nummer zur Verfügung.



Haus der Freiheit

Winterzauber im Toggenburg

Urgemütliche Gaststube
Wunderbare tagesfrische Küche
Wein von SVP-Winzern
Saal für Gesellschaften
Einfache Zimmer für Übernachtungen

Auf Ihren Besuch freut sich das Wirtepaar
Urs Zollinger und Ursula Haltner
zusammen mit Toni Brunner

Kontakt:

Telefon: 071 993 10 01
info@hausderfreiheit.ch * www.hausderfreiheit.ch
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

Sonntagabend ab 18 Uhr und Montag Ruhetag

Wegbeschreibung:

Von Wattwil in Richtung Wildhaus fahren, die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Wintersberg/Bendel abbiegen. Dann geht's ca. 2 km den Berg hinauf.



SVP-HIT GUTSCHEIN

SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-

pro Person/Nacht



Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalperblick.ch - alperblick@rhone.ch



Business Software Solution
Software Engineering
Consulting

Business Software Solution programmiert individuelle Software-lösungen für KMU, Konzerne, Behörden, Medien und Vereine.

Unsere Leistungen:

- Projekt-Management
- individuelle Softwareentwicklung
- Hardware Beratung und Verkauf
- Web Programmierung
- Homepage Betreuung
- Freelancer Einsätze

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Web: <http://www.Business-Software-Solution.ch>
Mail: Info@Business-Software-Solution.ch

Interview mit BR Ueli Maurer

«Rasch einen Überblick verschaffen»

Am ersten Januar 2009 beginnt für Ueli Maurer ein neues Kapitel in seiner politischen Karriere. Er, der langjährige Parteipräsident der SVP Schweiz, ist das neue Mitglied der Landesregierung. Auf den Bundesrat Ueli Maurer warten viele Aufgaben. Als neuer Chef des VBS steht er vor einer grossen Herausforderung, ja einer Herkulesaufgabe. Kurz vor seinem Amtsantritt sprach er mit «SVP-Klartext» über seine Wahl, die enge Beziehung zur SVP und seine Zukunftspläne.

Herr Bundesrat Maurer, Sie wurden am 10. Dezember 2008 in einem wahren Krimi zum 111. Mitglied unserer Landesregierung gewählt. Wie haben Sie diesen Tag und insbesondere den Moment der Wahl erlebt?

Ich liebe hektische Momente und habe die Stimmung genossen. Gerechnet mit meiner Wahl habe ich nicht und war daher positiv überrascht.

Wie wurden Sie vom Gesamtbundesrat nach Ihrer Wahl empfangen?

Im Gegensatz zur Meinung der Medien war der Empfang korrekt und fair. In den ersten zehn Minuten muss man sich ja nicht um den Hals fallen.

Die Schweizerinnen und Schweizer kannten Sie bisher als Parteipräsidenten und Nationalrat, nun werden Sie als Bundesrat eine neue Rolle einnehmen. Was verändert dies für Sie?

Werbung

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.

Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.



happysystems™

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

Ich werde meine Meinung mit aller Kraft in die Diskussion des Bundesrates einbringen. Nachher muss ich den Entscheid des Bundesrates vertreten. Bisher war es die Mehrheitsmeinung der Partei. Am Mechanismus ändert sich eigentlich nichts, aber ich werde mit der SVP-Haltung im Bundesrat wohl nicht jedes Mal Erfolg haben.

Mit dem VBS wartet eine grosse Herausforderung auf Sie als neugewählten Bundesrat. Welche Aufgaben stehen dort an, wie werden Ihre ersten Tage im Amt aussehen?

Ich will rasch die wichtigen Leute kennen lernen und mir einen Überblick verschaffen. Dann muss die Gesamtstrategie der Armee überarbeitet werden.

Klar ist, dass sich die Positionen der SVP in Bezug auf die Armee oftmals nicht mit denjenigen des Bundesrates decken. Wie gehen Sie mit diesen Differenzen um? Haben Sie sich darauf vorbereitet?

Da werden wir uns wohl gegenseitig daran gewöhnen müssen. Ich werde möglichst offen und transparent kommunizieren, damit kann Verständnis gewonnen werden.

Die Erwartungen der SVP-Basis an ihren neuen Bundesrat sind hoch, gerade weil die Menschen in Ueli Maurer einen glühenden Verfechter ihrer Positionen und Grundwerte sehen. Wie viel SVP steckt noch im Bundesrat Ueli Maurer?

Ich bin ein Teil der SVP und die SVP ein Teil von mir. Das wird so bleiben.

Die SVP und ihre Anhänger hatten es in den letzten Monaten und Jahren oftmals nicht leicht. Trotz den Erfolgen wurde die Partei immer wieder hart angegriffen und mit teilweise harten Vorwürfen konfrontiert. Weshalb polarisiert die SVP so stark?

Wir haben den anderen Parteien sehr viele Wähler weggenommen. FDP und CVP wurden in ihren Stammlanden regelrecht gedemütigt. Das tut verständlicherweise weh. Dann ist Politik wie Fussball: Wenn man nicht mehr mitkommt, spielt man auf den Mann.

In welcher Partei wären Sie Mitglied, wenn es die SVP nicht geben würde?

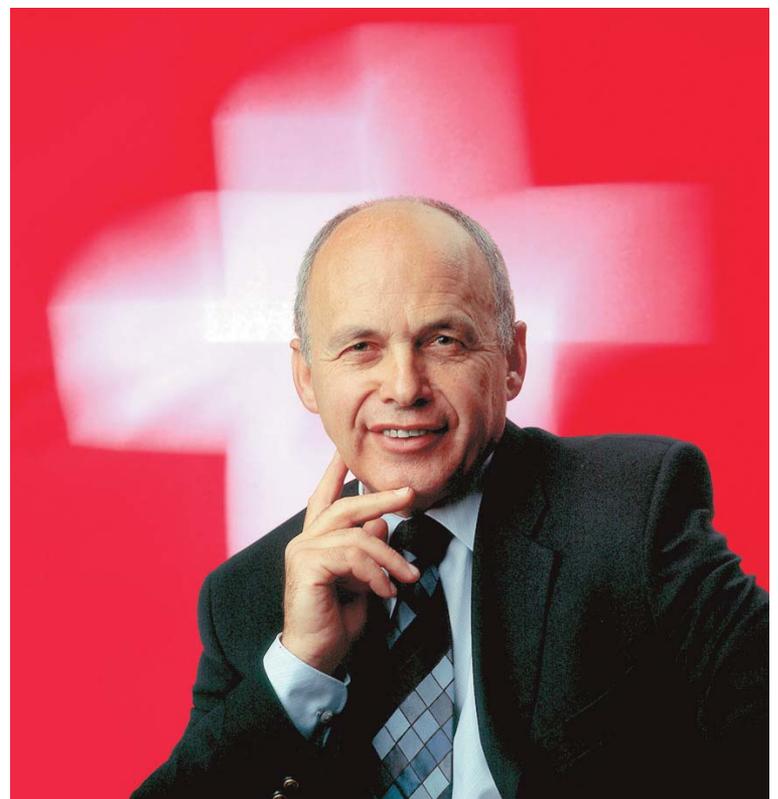
In keiner. Ich würde die SVP gründen.

Über ihr Leben ausserhalb der Politik ist weniger bekannt. Sie haben sich dort eine gewisse Privatsphäre immer erhalten. Wie würden Sie sich als Privatperson beschreiben?

Eine Privatsphäre ist wichtig. Ich bin ein Familienmensch, erhole mich gerne in der Natur und treibe Sport. Zum Ausgleich höre ich gerne klassische Musik und lese.

Eine letzte Frage: Wo sehen Sie sich in zehn Jahren, welche Ziele haben Sie noch ausserhalb des Bundesrats?

In zehn Jahren dürfte die Politik wieder zum Hobby werden und ich hoffe, dass ich mit meiner Erfahrung und meinem Wissen vielen Leuten helfen kann. Wenn ich noch Lust habe, werde ich reisen und irgendwohin wird mich meine angeborene Neugier schon noch treiben.



Caspar Baader, Nationalrat SVP, Gelterkinden BL

Die Ziele der SVP in der Regierung

Am 21. Oktober 2007 erzielte die SVP mit knapp 29 Prozent den höchsten Wähleranteil aller Parteien seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahre 1919. Trotz diesem einmaligen Erfolg zwang eine Mitte-links-Koalition, bestehend aus FDP, CVP und SP, die SVP durch die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher in die Opposition. Auch wenn die SVP diese Oppositionsrolle nie gesucht hatte, blieb ihr nichts anderes übrig, als den Wählerauftrag ausserhalb der Regierung umzusetzen. Mit der Wahl von Nationalrat Ueli Maurer in den Bundesrat hat ein Teil der anderen Parteien wieder einen Schritt in Richtung Konkordanz gemacht. Vollständig hergestellt ist diese allerdings dadurch noch nicht, da die SVP in der Regierung weiterhin untervertreten ist. Immerhin ist es der SVP aber möglich, ihre Anliegen wieder direkt im Bundesrat einzubringen.

Im Vordergrund stehen dabei als Ziele die Versprechen, welche die SVP gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern im Vertrag mit dem Volk abgegeben hat:

1. **Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen**
2. **Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, deren Volksrechte nicht durch «Völkerrecht» weiter beschnitten werden**
3. **Schaffung von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen**

Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise ist es zentral, dass ein SVP-Vertreter im Bundesrat Einsitz nimmt. Statt staatliche Konjunkturprogramme zu lancieren, die letztlich eine Umverteilung von Steuergeldern dar-



stellen, gilt es jetzt, die Steuern, Gebühren und Abgaben zu senken, damit den Bürgern selbst wieder mehr zum Leben und für private Investitionen bleibt. Noch selten ist es dank der tiefen Hypothekzinssätze und des gesunkenen Kostenniveaus für Private so interessant gewesen, eigene Investitionen zu tätigen. Auch die geplanten Strompreiserhöhungen haben gezeigt, dass es wichtig ist, wieder einen SVP-Vertreter in der Regierung zu haben, welcher sich gegen neue Gebühren und Abgaben zur Wehr setzt. Weiter fordert die SVP eine Senkung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent, damit die Kaufkraft der Bürger gestärkt wird. Ein zentrales Gebiet, für welches die Präsenz eines SVP-Vertreters ebenfalls unabdingbar ist, ist die Sanierung der Sozialwerke. Alle Sozialwerke auf Bundesebene kämpfen mit Finanzierungsproblemen. Es braucht daher die Beharrlichkeit eines SVP-Vertreters, damit die Sozialleistungen nicht weiter ausgebaut, sondern die bestehenden Sozialwerke durch konsequente Bekämpfung des Missbrauchs gesichert werden. Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten ist es verheerend, wenn die Bürger zusätzlich belastet werden. Doch genau dahin zielt die Politik des Bundesrates. Er will die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent für die IV sowie die Lohnbeiträge um 0,2 Prozent für die Arbeitslosenversicherung und um 0,3

Prozent für die Erwerbsersatzordnung erhöhen.

Die SVP wird in der Regierung auch vehement gegen den Agrarfreihandel mit der EU kämpfen, denn dieser gefährdet die Existenz unzähliger Bauernfamilien in unserem Land. Mit der sich verschlechternden Wirtschaftslage in Europa steigt auch der Druck der EU auf unser Bankkundengeheimnis und unser Steuersystem. Die Gunst der Stunde nutzend will Mitte-links die Frage eines EU-Beitritts wieder ins Zentrum der politischen Diskussion rücken. Hier ist es besonders wichtig, dass die SVP in der Regierung, im Parlament, aber auch zusammen mit dem Volk Gegensteuer gibt. Den Stimmen, welche den Annäherungen der EU nachgeben oder gar den Anschluss an die EU suchen wollen, ist mit Vehemenz entgegenzutreten. Die Schweiz muss weiterhin

Werbung

WWW.
wahl-plakate
.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

unabhängig, souverän und neutral bleiben.

Die Sicherheitspolitik hat sich wieder am Verfassungsauftrag zu orientieren. Im Zentrum steht die Landesverteidigung zur Sicherung unseres souveränen Staates. Unnötige Auslandabenteuer in aller Herren Ländern, wie zum Beispiel auch der vom Bundesrat geplante militärische Begleitschutz für Schweizer Hochseeschiffe gegen die Piraten vor Somalia, sind zu stoppen. Die Annäherung an die NATO und an die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist ebenfalls zu unterbinden, da dies die Glaubwürdigkeit der Schweiz als neutraler Staat stark gefährdet. Weiter muss die gesetzliche Verankerung der Ausschaffung krimineller Ausländer vorangetrieben werden. Wer sich nicht an unsere Regeln hält, hat hier nichts zu suchen. Die Fülle der Missstände zeigt, wie wichtig es ist, dass wieder ein SVP-Vertreter in der Regierung Einsitz nimmt. Nur so können die Interessen von fast 30 Prozent der Bevölkerung in der Regierung vertreten werden.

Ich wünsche unserem neuen Bundesrat viel Erfolg und die nötige Standfestigkeit! Ueli Maurer, die ganze SVP zählt auf Dich!

RUTZ & PARTNER
STRATEGIE UND KOMMUNIKATION

Vertrauen schaffen. Ziele erreichen.

Wir wissen, wie man komplizierte Sachverhalte einfach formuliert. Wir wissen, wie man überzeugend auftritt. Und wir bürgen für genaue, professionelle Arbeit. Nennen Sie uns Ihr Ziel. Gemeinsam werden wir es erreichen.

Unsere Kompetenzen: Kommunikations- und Strategieberatung, Public Relations, Kampagnen, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Medientraining, Lobbying etc.

HINTERDORFSTRASSE 9 · POSTFACH · CH-8702 ZOLLIKON / ZÜRICH
TEL. +41 44 391 32 32 · FAX +41 44 391 32 30
WWW.RUTZ-PARTNER.CH · INFO@RUTZ-PARTNER.CH

Nationalrat Adrian Amstutz, BE

Asylschlendrian zurückgekehrt!

Ein Jahr nach der Abwahl von Bundesrat Blocher ist es nicht mehr zu verbergen: Im Asylwesen ist der Schlendrian eingeekehrt. Im November wurden mehr als doppelt so viele Asylgesuche eingereicht wie im Vorjahresmonat. Die neue Führung des EJPD hat den Ernst der Lage ganz offensichtlich nicht erkannt.

In den Jahren 2000 bis 2003, unter der Verantwortung von Bundesrätin Metzler (CVP), waren im Jahr rund 20 000 Asylgesuche zu verzeichnen. In den Vorjahren waren die Zahlen aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan noch viel höher. Mit dem Amtsantritt von Bundesrat

Christoph Blocher hat sich die Situation schlagartig verbessert. Bereits im ersten Jahr sind die Asylgesuche zurückgegangen. In den drei folgenden Amtsjahren Blochers pendelten sie sich bei ungefähr 10 000 ein, der Hälfte der Gesuchszahlen zu Zeiten von Bundesrätin Metzler.

Massive Zunahme der Gesuche

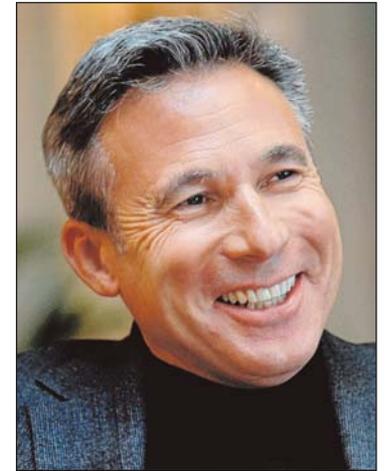
Mit der Abwahl von Blocher und der Machtübernahme durch Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat sich die Situation rasch wieder verändert. Anfänglich noch eher zaghaft, nehmen die Gesuchszahlen seit Mitte Jahr massiv zu. Im dritten Quartal 08 nahmen die Gesuche gegenüber der Vorjahresperiode 40 % zu. Im November 08 waren gar mehr als doppelt so viele Asylgesuche zu verzeichnen wie im November 07 (+115 %).

Mit dieser Entwicklung steht die Schweiz im europäischen Vergleich ziemlich alleine da. In Deutschland haben die Gesuche bis Ende Oktober 08 gegenüber der Vorjahresperiode um 9 % abgenommen. In Österreich wurde eine Zunahme von lediglich 6 % verzeichnet.

Widmer-Schlumpf tatenlos

Die zuständige Departementsvorsteherin reagiert auf diese gravierende Entwicklung hilflos. Man erkennt weder eine überzeugende Analyse der Situation, noch werden wirksame Massnahmen zur Verbesserung der ausserordentlichen Situation in die Wege geleitet. Es scheint, dass die BDP-Bundesrätin die Entwicklung tatenlos hin nimmt.

Da sie selbst keine Verantwortung für die aktuelle Situation übernimmt, versucht sie von ihrer Tatenlosigkeit abzulenken, indem sie die negative Entwicklung auf ihren Vorgänger abschiebt. Blocher sei zu optimistisch gewesen, als er das



Asylwesen auf 10 000 Gesuche im Jahr ausgerichtet habe, und seine Planung sei unrealistisch.

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf macht es sich sehr einfach, die eigenen Unzulänglichkeiten auf ihren Amtsvorgänger abzuschieben. Als Parlamentarier erwarte ich von ihr mehr, als nur Ausreden zu suchen für den Misserfolg. Dass die Zahl von 10 000 Gesuchen im Jahr sehr wohl erreicht werden kann, hat Bundesrat Blocher mehrfach bewiesen. Statt über ihren Vorgänger herzuziehen, muss die heutige EJPD-Chefin die Zügel in die Hand nehmen und Führung beweisen. Hier besteht klar Handlungsbedarf.

Asylmarkt reagiert auf Führungswechsel

Der Anstieg der Asylgesuche nach dem Rauswurf von Blocher kommt nicht überraschend. Asylbewerber werden gegen viel Geld von Schleppern in die gelobten Länder geführt. Es gilt, in Europa einen Ort zu finden, in dem die Investition für die teure Reise möglichst sicher und rasch amortisiert werden kann. Die Schweiz mit ihren komfortablen Leistungen ist für Asylbewerber grundsätzlich ein attraktives Land. Doch wenn der zuständige Minister seinen Laden im Griff hat und für eine effiziente und zügige Abarbeitung der Gesuche sorgt, spricht sich das bei den Schleppern sehr rasch herum. Die Folge ist ein Ausweichen in andere Länder oder gar der Verzicht auf die teure Reise. Hier liegt der Grund für den massiven Rückgang der Asylgesuche nach Christoph Blochers Amtsantritt. Wenn im Gegensatz ein star-

Werbung

Powerprint

SVP-Mitglieder profitieren doppelt!

15 % Rabatt auf alle Drucksachen.

Jetzt zuschlagen! Die Aktion ist gültig auf Bestellungen mit Lieferdatum spätestens 31. Januar 2009.



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

ker und verlässlicher Chef des Asylwesens verlässt und er durch eine Person ersetzt wird, die die Zügel wieder schleifen lässt, reagieren die Schlepper genauso rasch in die umgekehrte Richtung und bringen ihre Klientel wieder vermehrt in die Schweiz. Dies ist 2008 geschehen. Genauso wie der Rückgang im Jahr 2004 ist auch der Anstieg im Jahr 2008 eine normale Reaktion eines Marktes auf veränderte Gegebenheiten.

400 Mal mehr Eritreer als in Österreich

Die vom EJPD in den Medien angeführten Gründe für die Zunahme der Asylgesuche (schwere Auseinandersetzungen in Somalia und Sri Lanka) sind nicht stichhaltig. Die Gesuche aus diesen Ländern machen nicht einmal einen Fünftel aller Asylgesuche aus. Aus Eritrea, wo sich die Lage dieses Jahr nicht wesentlich verändert hat, sind im Oktober 2008 407 Asylbewerber in die Schweiz gekommen, fast doppelt so viel wie im entsprechenden Monat des Vorjahres. Österreich vermeldet für den gleichen Zeitraum genau ein (!) Gesuch eines Eritreers. Will uns da jemand für dumm verkaufen?

Noch im September dieses Jahres verkündete der Bundesrat in Beantwortung einer SVP-Interpellation nicht ohne Stolz, die Asylgesuche aus Eritrea hätten abgenommen, weil Personen aus diesem Land eher in andere europäische Länder gehen würden. Diese bundesrätliche Aussage ist drei Monate später völlig überholt.

Sonderproblem Eritrea

Dass bei den eritreischen Asylbewerbern eine besondere Situation vorliegt, ist bekannt, seit eine Schweizer Gerichtskommission entschieden hat, dass die Schweiz Dienstverweigerer aus diesem Land nicht nach Hause schicken darf. Seither kommen zahlreiche junge Männer in die Schweiz, welche sich als eritreische Dienstverweigerer ausgeben, und monatlich werden es mehr. Mit grossem Aufwand wird hierzulande ermittelt, ob

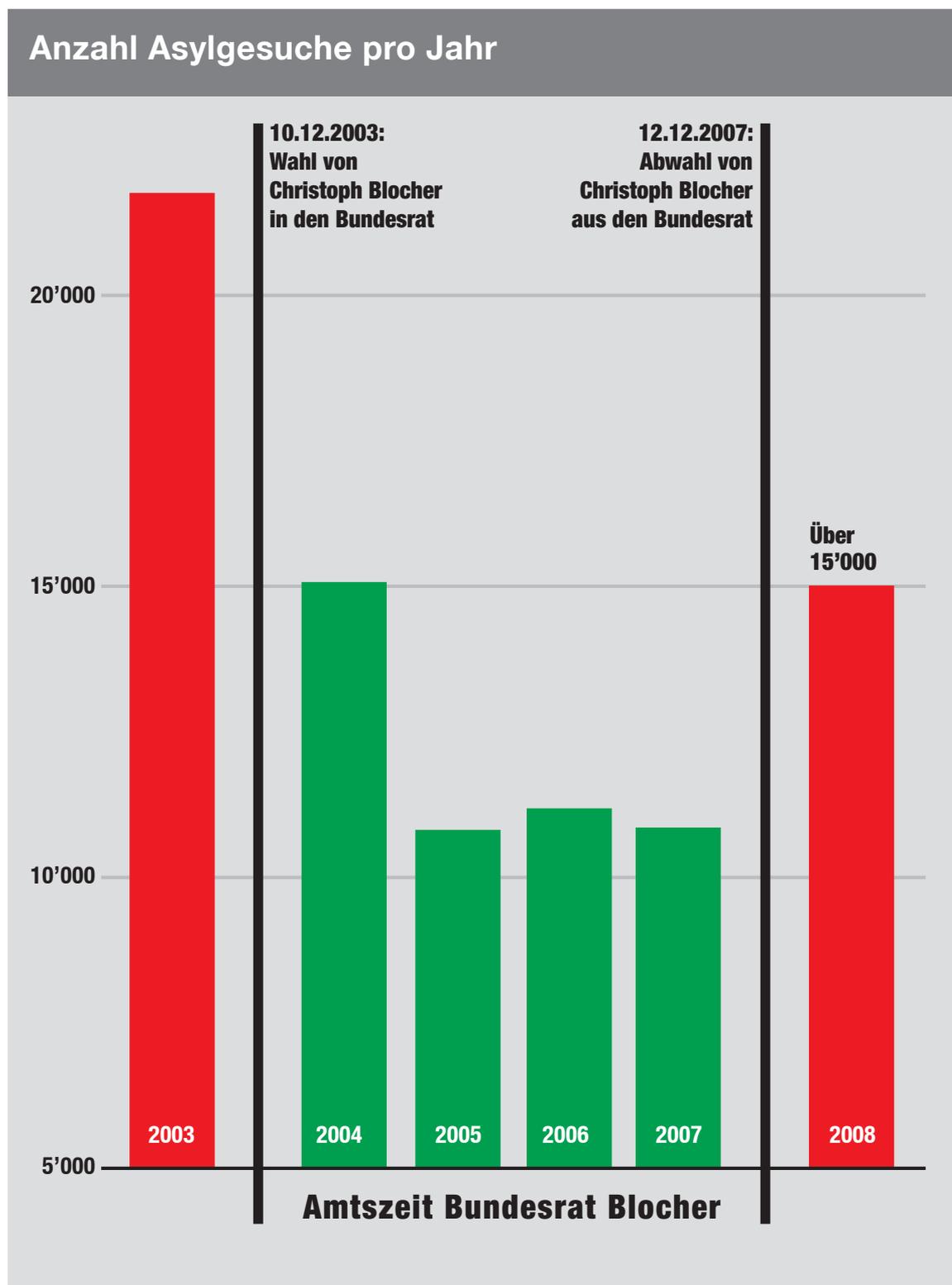
es sich dabei tatsächlich um Eritreer handelt und ob sie Dienstverweigerer sind. Oftmals ist es eine Sache der Unmöglichkeit, ihnen nachzuweisen, dass sie nicht zu dieser Kategorie gehören, so dass sie in der Schweiz bleiben können.

Bundesrat Christoph Blocher hatte alles in die Wege geleitet, um diesem Missstand mit einer Gesetzesänderung einen Riegel zu schieben.

Er wollte dazu auf dem Dringlichkeitsweg vorgehen. Die Abwahl verhinderte die Umsetzung von Blochers Plänen. Seine Nachfolgerin liess dieses Geschäft einfach liegen. Es ereilte das Schicksal vieler guter Projekte in Bern: die Schubladisierung.

Die SVP ruft Bundesrätin Widmer-Schlumpf auf, die Sache endlich wirkungsvoll anzupacken. Anson-

ten werden wir auch im neuen Jahr eine massive Zunahme von Asylgesuchen aus Eritrea und von anderswo zu bewältigen haben. Dies entgegen dem Volkswillen, wie er in der Abstimmung vom September 2006 mit der Unterstützung der «Lex Blocher» für eine strikere Asyl- und Ausländerpolitik klipp und klar demonstriert worden ist. Das Schweizer Volk will den Asylschlendrian nicht wieder zurück!



Hans Rutschmann, Nationalrat SVP

Sichere Energieversorgung – Politik gefordert

Eine sichere und günstige Energieversorgung ist nicht nur Voraussetzung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Sie ist auch ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Dazu müssen aber rasch wichtige Entscheide gefällt werden. Damit ist die Politik gefordert.

Da die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung von der Politik formuliert werden, steht sie in einer besonderen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass rechtzeitig die richtigen Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ergriffen werden können. Über lange Jahre hat das keine Rolle gespielt, weil die Schweiz mehr Strom produzierte, als sie selber verbrauchte. Heute droht eine Versorgungslücke. Schon ab 2012 kann bei länger anhaltenden Kälte- oder Hitzeperioden der Strombedarf nicht mehr aus eigener Produktion gedeckt werden. Ab 2018 droht dann ganzjährig eine eigentliche Stromlücke. Hauptgrund dafür sind die bald wegfallenden Kraftwerkskapazitäten und die auslaufenden Stromlieferverträge mit Frankreich.

Vom Problem einer drohenden Versorgungslücke ist aber nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa betroffen. Einerseits ist während der vergangenen Jahrzehnte kaum in den Aufbau von neuen Produktionskapazitäten investiert worden. Experten gehen davon aus, dass allein altersbedingt 50% des bestehenden Kraftwerksparks bis 2020 ersetzt werden müssen. Andererseits wächst der Stromverbrauch in ganz Europa. Die Situation in der Schweiz sieht nicht anders aus.

Höherer Stromverbrauch – Rückgang der Produktion

Auch in der Schweiz müssen Kraftwerke ersetzt werden. 2020 gehen mit den Kernkraftwerken Mühleberg, Beznau 1 und 2 insgesamt 1085 MW Leistung vom Netz. Diese drei Kraftwerke haben 2007 zusammen ca. 8800 GWh Strom produziert, was mehr als 15% des Landesver-



brauchs im gleichen Jahr entspricht.

Nach und nach fallen auch die Importverträge mit der Electricité de France weg. Die Dauer dieser Verträge ist unterschiedlich geregelt: ab 2011 fallen 600 MW weg, bis 2020 weitere 800 MW und bis 2030 nochmals ca. 1200 MW. Die letzten Verträge laufen gegen 2045 aus. Insgesamt fehlen damit weitere 3700 MW Leistung. Das entspricht immerhin einem knappen Drittel der in der Schweiz installierten Kraftwerksleistung.

Der Bundesrat setzt die Prioritäten bei Sparmassnahmen und den erneuerbaren Energien. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, doch muss man sich auch der Grenzen von Energieeffizienz und Erneuerbaren bewusst sein. Mit Sparmassnahmen und dem effizienten Einsatz von Energie allein lässt sich die Versorgungslücke nicht schliessen. Schliesslich steigt der Stromverbrauch in der Schweiz und weltweit weiter an. Es gibt einen unbestrittenen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch: Als langjährige Regel gilt,

dass 1% BIP-Wachstum einen zusätzlichen Energieverbrauch von 1,5 bis 1,8% verursacht. Sodann führen Energieeffizienzmassnahmen in der Regel zu einem höheren Stromverbrauch, beispielsweise wenn Ölheizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden.

Bewährter Schweizer Strommix

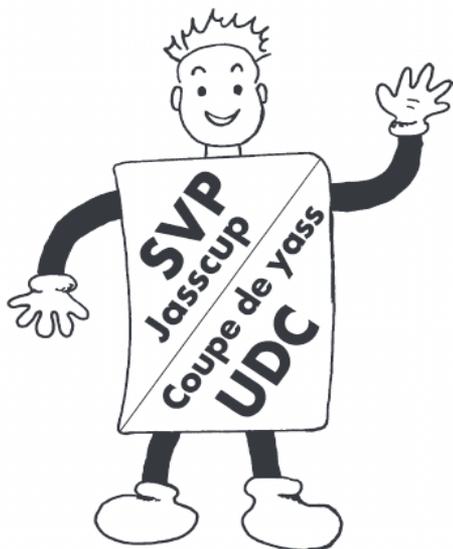
Zur Sicherung der Energieversorgung sind alle verfügbaren, sinnvollen Energieformen notwendig. Bei der Stromproduktion können wir uns weiterhin auf die Wasser- und Kernkraft abstützen. Der schweizerische Strommix besteht heute zu gut 55% aus Wasserkraft, 40% Kernenergie sowie knapp 5% aus anderen Kraftwerken. Sowohl bei der Wasserkraft wie bei den erneuerbaren Energien besteht ein zusätzliches Potenzial. Allerdings gehen selbst wohlwollende Schätzungen davon aus, dass Geo-

thermie, die Nutzung von Sonnenenergie und Windkraft bis 2035 nur gerade 10% des Strombedarfs zu decken vermögen. Deshalb werden wir nicht um den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke herumkommen, wenn wir die Auslandabhängigkeit nicht weiter ausbauen wollen.

Ersatz von KKW unumgänglich

Der Ersatz von Kernkraftwerken wird zwar zu grossen ideologischen Diskussionen führen. Die Kernenergie hat jedoch unbestreitbare Vorteile. Sie ist kostengünstig, kann in unserem Land produziert werden und ist weitgehend CO₂-frei. Es darf nicht sein, dass unsere Stromversorger gezwungen werden, zur Sicherung unserer Stromversorgung im Ausland in Gas-Kombi- oder sogar Kohlekraftwerke zu investieren. Damit würden wir der Umwelt einen Bärendienst erweisen. Nun ist die Politik gefordert. Im Interesse einer längerfristig sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung dürfen diese Entscheide nicht auf die lange Bank geschoben werden.





9. Nationaler SVP Jasscup mit Der SVP-Fraktion



9. Nationaler SVP Jasscup

Samstag, 21. Februar 2009 im Tägi Wettingen, Tägerhardstr. 122, 5430 Wettingen

Samstag, 21. Februar 2009

Beginn 10.30 Uhr / Dauer bis ca. 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Tägi Sport Fun Kongress Wettingen

Das Tägi Sport Fun Kongress (Tägerhardstr. 122) bietet genügend Parkplätze. Zugreisende fahren bis Baden, ab dem Bahnhof Baden Ost fährt der Linienbus 1 (Richtung Wettingen) alle 20 Minuten direkt ins Tägi

Organisation

Durch die OK-Präsidenten Hans Killer und Bruno Zuppiger

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse, gewertet 36 Spiele)

Kartenart

Französische und deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
Mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen
Fr. 32.- Verpflegung (fakultativ):
Mittagessen, 1 Getränk, Dessert und Kaffee
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 9. Nationalen Jasscup an:

- deutschschweizer Karten
- französische Karten
- egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

- Ich reise mit dem eigenen Auto an.
- Ich reise als Beifahrer mit dem Auto an
- Ich reise mit dem Zug bis Baden

Talon bis zum 9. Februar 2009 einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail lang@svp.ch

LEHRER

Microsoft
Your potential. Our passion.™

Martin Mathiuet eignete sich in einem Weiterbildungsprogramm wichtige Computerkenntnisse an. Inspiriert davon gründete er ein Microsoft Community und Learning Center in der Surselva, um anderen Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. So hilft er und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch

SCHÜLER